

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Sailer und Haas,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

die wohl schwierigsten Haushaltsplanberatungen (zumindest in meiner Amtszeit) liegen hinter uns. Vieles was wünschenswert ist, kann aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht beziehungsweise nur verzögert umgesetzt werden. Anderes, dass schon seit Jahren geplant ist und sich gerade in der Umsetzung befindet, leidet unter Preissteigerungen, Materialknappheit und Fachkräftemangel, siehe beispielsweise die Sanierung des Wunnebades.

Den Kommunen werden seit Jahren immer mehr Aufgaben aufgebürdet, man denke nur an den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die Kindergartenumstellung von einstmals halbtags auf mittlerweile ganztags; den Ausbau der Schulkindbetreuung oder die Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen, sowie das damit verbundene Ausländerwesen. Dies alles führt nicht nur dazu, dass seit Jahren die Personaldecke in der Verwaltung und in den angrenzenden Bereichen aufgestockt werden muss, sondern auch dazu, dass die benötigten personellen Ressourcen immer schwerer zu finden sind, da der demografische Wandel erbarmungslos in allen Bereichen unserer Gesellschaft zuschlägt und die arbeitende Bevölkerung fehlt.

Zukünftig kann dieser Mangel nicht mit Tarifsteigerungen und Sonderzahlungen behoben werden, um Mitarbeiter zu gewinnen. Nein, wir müssen uns alle darauf einstellen, dass wir in Zukunft mehr und nicht weniger werden arbeiten müssen, um unseren Wohlstand nur annähernd halten zu können.

Darüber hinaus sind die in der Vergangenheit sprudelnden Steuereinnahmen nicht mehr so üppig und es ist ungewiss, welche Auswirkungen das aktuelle Weltgeschehen hat.

Die viel gescholtene Wirtschaft - und in Deutschland sind das hauptsächlich Familienunternehmen und kleine und mittlere Familienbetriebe - ist nun mal das Rückgrat unserer Gesellschaft. Leidet die Wirtschaft, leiden vor allem auch die kommunalen Finanzen, da die Gewerbesteuer einen großen Anteil am Haushalt hat und damit unser Gemeinwesen maßgeblich finanziert wird.

Als Freie Demokraten sagen wir, dass der Staat verpflichtet ist gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich Menschen entsprechend ihrer Begabung und ihren Talenten **frei und sicher** entfalten können - egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Religion sie angehören.

Wofür ein Staat aber nicht da ist, ist alle Risiken und Eventualitäten eines persönlichen Lebens abzusichern oder durch angstgetriebene Forderungen einzelner Interessensvertreter in die persönliche Freiheit des Einzelnen gar einzugreifen oder immer stärker die Lebensführung der Menschen bestimmen oder regulieren zu wollen.

Meine Damen und Herren!

Dieses Land hat viele Jahrzehnte in Freiheit und Wohlstand gelebt und wenn wir dies auch für unsere Kinder und Enkel noch wollen, dann müssen wir den **Sozialstaat entschlacken** anstatt ihn weiter aufzublähen und uns **auf die Kernaufgaben konzentrieren**. Leider schreien viele Menschen nach Vater Staat, wenn es mal etwas rauer im Leben zugeht und die Verantwortlichen geben dem Geschrei der vermeintlichen Masse oft nach. So verkommt „der Staat“ zu einem Götzen, der das Heil bringen soll und zu dienen hat, so wie es ein jeder will. **Doch der Staat ist nicht der persönliche Heilsbringer!**

Denn der Staat, meine Damen und Herren, sind wir alle! Hier tut es gut, wieder mehr Verantwortung an den Einzelnen für sich und sein Leben abzugeben.

Für Winnenden bedeutet dies, dass die Verwaltung **hauptsächlich Pflichtaufgaben umsetzen** sollte und freiwillige zusätzliche Projekte streicht oder zumindest um Jahre zurückstellt, bis es die Haushaltslage wieder erlaubt. Es ist nicht verständlich, wenn Schulturnhallen - beispielsweise im Schelmenholz – fehlen, Grundschulen in den Teilorten noch den Charme der 60iger Jahre des letzten Jahrhunderts versprühen und gleichzeitig viel Geld und personelle Ressourcen in die Planung einer „kleinen Landesgartenschau“ an der Buchenbachaue fließen sollen. Gerne hätten wir auf dieses Projekt in der aktuellen Situation

verzichtet und das Augenmerk nur auf den Hochwasserschutz in diesem Bereich gelegt – nur das wäre eine Pflichtaufgabe gewesen. Immerhin konnten wir durch unseren Antrag erreichen, dass das Thema nochmals geprüft wurde und zumindest erstmal um Jahre nach hinten verschoben wird.

Wir müssen uns immer bewusst sein, welche Konsequenzen unsere „Wünsche und „das-Hand-heben“ bei einer Abstimmung haben. Immerhin dürfen wir nie vergessen, dass wir aufgefordert sind, gut mit dem Steuergeld der fleißigen Bürgerinnen und Bürger, sowie Unternehmerinnen und Unternehmer umzugehen. Gut wirtschaften heißt: **Das Notwendige tun und das Nichtnotwendige unterlassen!** Und es heißt auch: **Der nächsten Generation keinen Schuldenberg hinterlassen.**

Das Notwendige tun, heißt für uns konkret *Investitionen in eine gute Infrastruktur, in die sog. Blaulichtfamilie (beispielsweise Feuerwehr), in Bildung und Betreuung – sprich in die Unterhaltung von Schulen, Kindergärten und die dazugehörigen (Sport)anlagen, die Stärkung der Stadtwerke als zuverlässiger Strom-, Gas- und Wasserversorger vor Ort, sowie die schnelle, kundenfreundliche und digitale Erledigung und Umsetzung von Aufgaben in einer modernen Verwaltung.*

Zwei Beispiele möchte ich nennen, wo es Not tut Schritte einzuleiten, für eine effektive und zeitgemäße Verwaltung. Erstens: Es ist unverständlich, dass in den 20iger Jahren des 21. Jahrhunderts die Kommunikation mit der Verwaltung beispielsweise telefonisch, per Mail oder auch persönlich nicht immer bürgerfreundlich möglich ist. Dieser Missstand wird seit Jahren angemahnt und die Pandemie darf dafür keine Ausrede mehr sein.

Zweitens: Wir wünschen uns mehr Pragmatismus und weniger Liebe zum Detail beispielsweise im Baurechtsamt. Im Zweifel für den Bürger (oder in diesem Fall den Antragsteller) anstatt gegen ihn!

Keinen Schuldenberg zu hinterlassen bedeutet für uns konkret, *Einsparungen einzufordern, Personalressourcen im Blick zu behalten und den Blick auch auf die städtischen Töchter zu legen.* Beispielsweise im Eigenbetrieb Stadtbau bauen sich zusätzliche Schulden von 29 Mio. € für das kommende Jahr auf, ab 2024 soll die 40 Mio. € Schuldenmarke jährlich geknackt werden. Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge!

Wir stimmen dem Haushalt 2023 im Allgemeinen zwar schweren Herzens zu; beantragen aber eine getrennte Abstimmung des Wirtschaftsplanes des städtischen Eigenbetriebs Stadtbau.

Noch sind die *erwartbaren Hilfen und Zuschüsse von Bund und Land* im Haushalt 2023 **nicht** eingeplant. Diese werden die Schuldenlast sicherlich nochmals im kommenden Frühjahr und Sommer verbessern, aber ein schuldenfreier Haushalt – wie in den vergangenen Jahren - ist bei Weitem nicht in Sicht.

Liebe Anwesende,

wenn wir auch manchmal politisch gesehen anderer Ansichten sind oder andere Akzente setzen, was zum Sauerstoff einer Demokratie gehört, so ist die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und unserer Fraktion sowie unter den Kolleginnen und Kollegen stets vertrauensvoll, freundschaftlich und fair. Wir haben großen Respekt davor, dass jede und jeder um das Beste für unsere Stadt und das Gemeinwohl ringt.

In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Beteiligten für die gute Arbeit in sehr herausfordernden Zeiten und für das gegenseitige Vertrauen.

Auf ein friedliches 2023!

Für die FDP-Fraktion

Nicole Steiger

FDP-Fraktionsvorsitzende